



# Mit der neuen Schuldenbremse: Strukturelle Konsolidierung schreitet voran

Eckwerte  
des Bundeshaushalts 2012  
und des Finanzplans bis 2015



# Wesentliche Kennziffern des Eckwertebeschlusses

	Ist 2010	Soll 2011	Eckwerte 2012	Eckwerte des Finanzplans		
				2013	2014	2015
	in Mrd. €					
Ausgaben alter Finanzplan			301,0	301,5	301,1	
Ausgaben neu	303,7	305,8	303,8	305,7	304,4	309,5
<i>Veränderung ggü. Vorjahres-Soll in %</i>			-0,67%	0,63%	-0,43%	1,69%
Jahresdurchschnittliche Veränderung 2010 bis 2014 in %			0,30%			
Steuereinnahmen neu		229,2	243,0	252,9	261,4	270,5
Sonstige Einnahmen neu		28,2	29,3	30,5	27,6	25,8
<b>Nettokreditaufnahme</b>	<b>44,0</b>	<b>48,4</b>	<b>31,5</b>	<b>22,3</b>	<b>15,3</b>	<b>13,3</b>
bislang geltender Finanzplan			40,1	31,6	24,1	



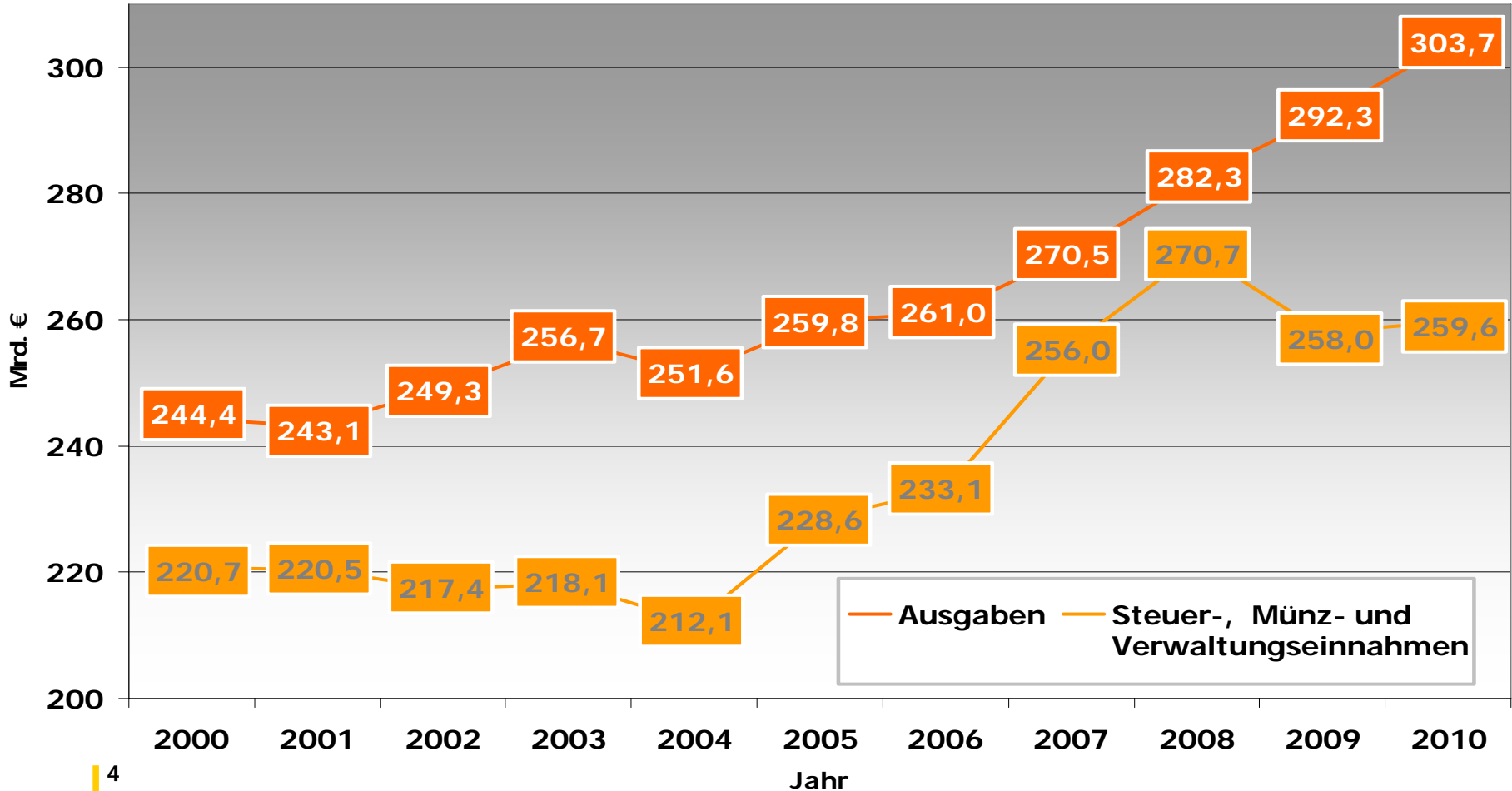
## Rückblick auf das Jahr 2010

- Zwar wurde die **ursprünglich geplante Neuverschuldung** (80,2 Mrd. €) - insbesondere dank wesentlich günstigerer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen - im Jahr 2010 **deutlich unterschritten**.
- Mit 44,0 Mrd. € erreichte die Nettokreditaufnahme des Bundes im vergangenen Jahr **gleichwohl** den **höchsten Stand** in der bundesdeutschen Geschichte.
- Der **Schuldenstand des Bundes** (einschließlich seiner Sondervermögen) ist entsprechend weiter angewachsen. Zum 31. Dezember 2010 belief er sich auf fast 1.100 Mrd. €.
- So richtig es war, in der Krise sowohl die „automatischen Stabilisatoren“ wirken zu lassen als auch zusätzlich gezielt gegenzusteuern, so wichtig ist es jetzt, die Neuverschuldung nachhaltig zurückzuführen.



# Finanz- und Wirtschaftskrise

Konsolidierungserfolge wurden zunichte gemacht – Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben ist wieder gestiegen





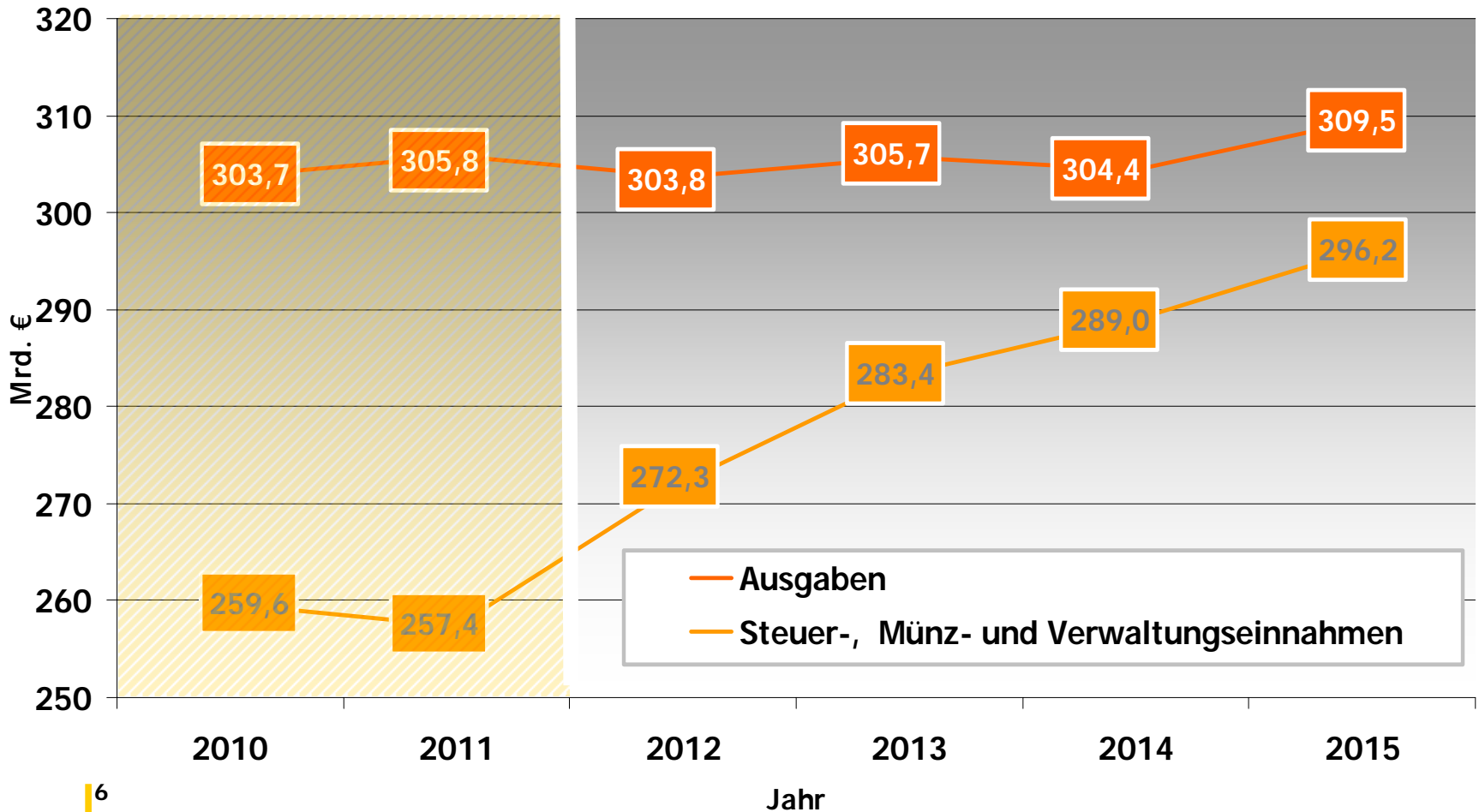
# Aufstellungsverfahren zum Haushalt 2012

wesentliche Parameter: Top-down-Verfahren, Schuldenbremse

- Bereits in ihrem **Koalitionsvertrag** hat sich die christlich-liberale Koalition auf ein geändertes Aufstellungsverfahren verständigt. Dieses Vorgehen hat die Bundesregierung am 7. Juli 2010 mit ihrem **Kabinettschluss** zum Bundeshaushalt 2011 und zum Finanzplan bis 2014 bekräftigt.
- In diesem Jahr legt das Bundeskabinett erstmals im Rahmen des neuen **Top-down-Verfahrens** verbindliche Einnahme- und Ausgabeplafonds der Ministerien (= Eckwerte) für Regierungsentwurf und Finanzplan fest. Diese bilden die verbindliche Grundlage für das weitere regierungsinterne Aufstellungsverfahren.
- **Ziel des neuen Aufstellungsverfahrens:** nachhaltige Rückkehr auf den Konsolidierungspfad, Sicherstellung einer soliden Haushaltspolitik bei konsequenter Umsetzung der seit dem Jahr 2011 geltenden neuen Schuldenregel.

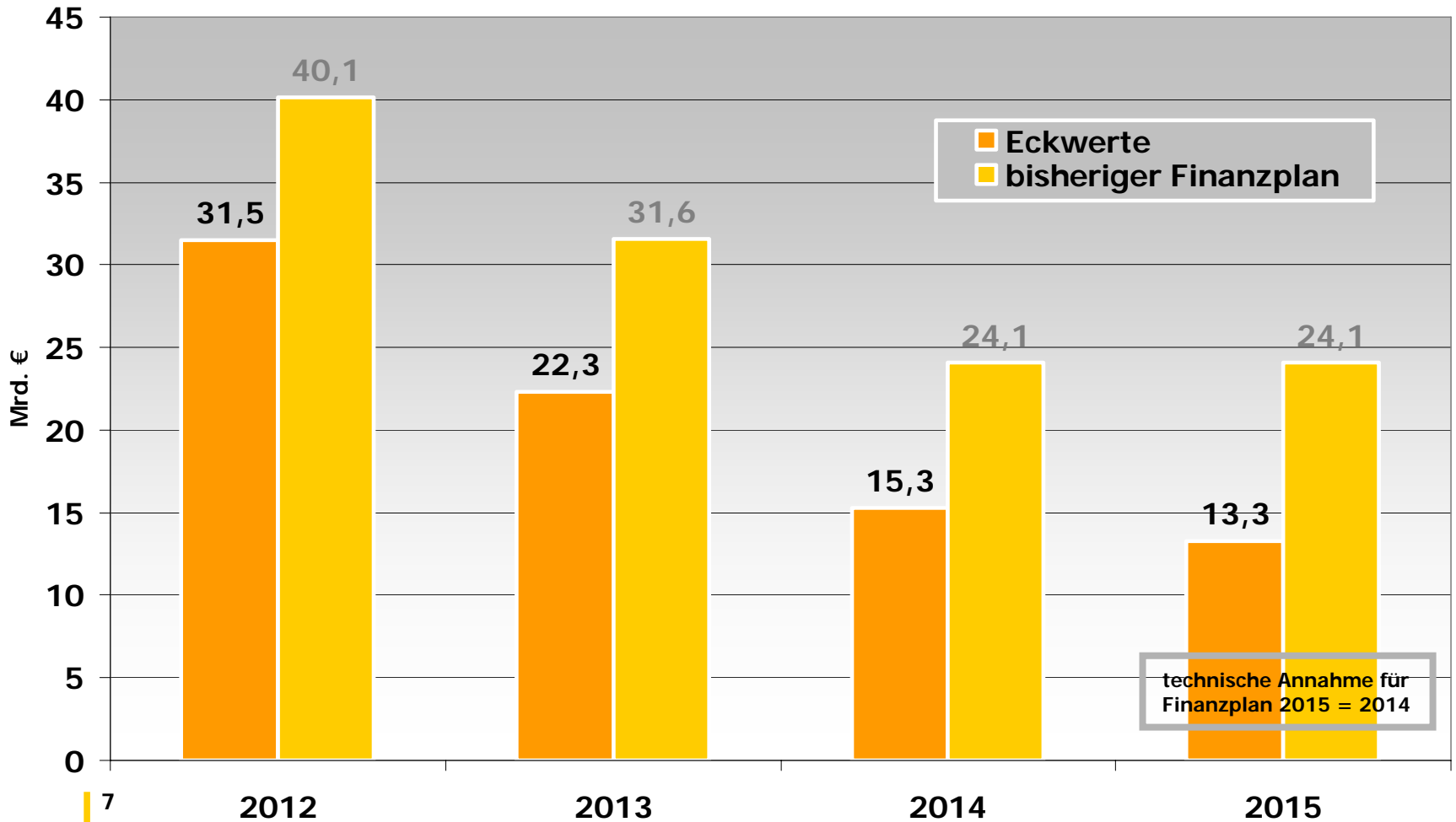


# Günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung gibt Rückenwind; Zukunftspaket wird umgesetzt: Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben schließt sich wieder...



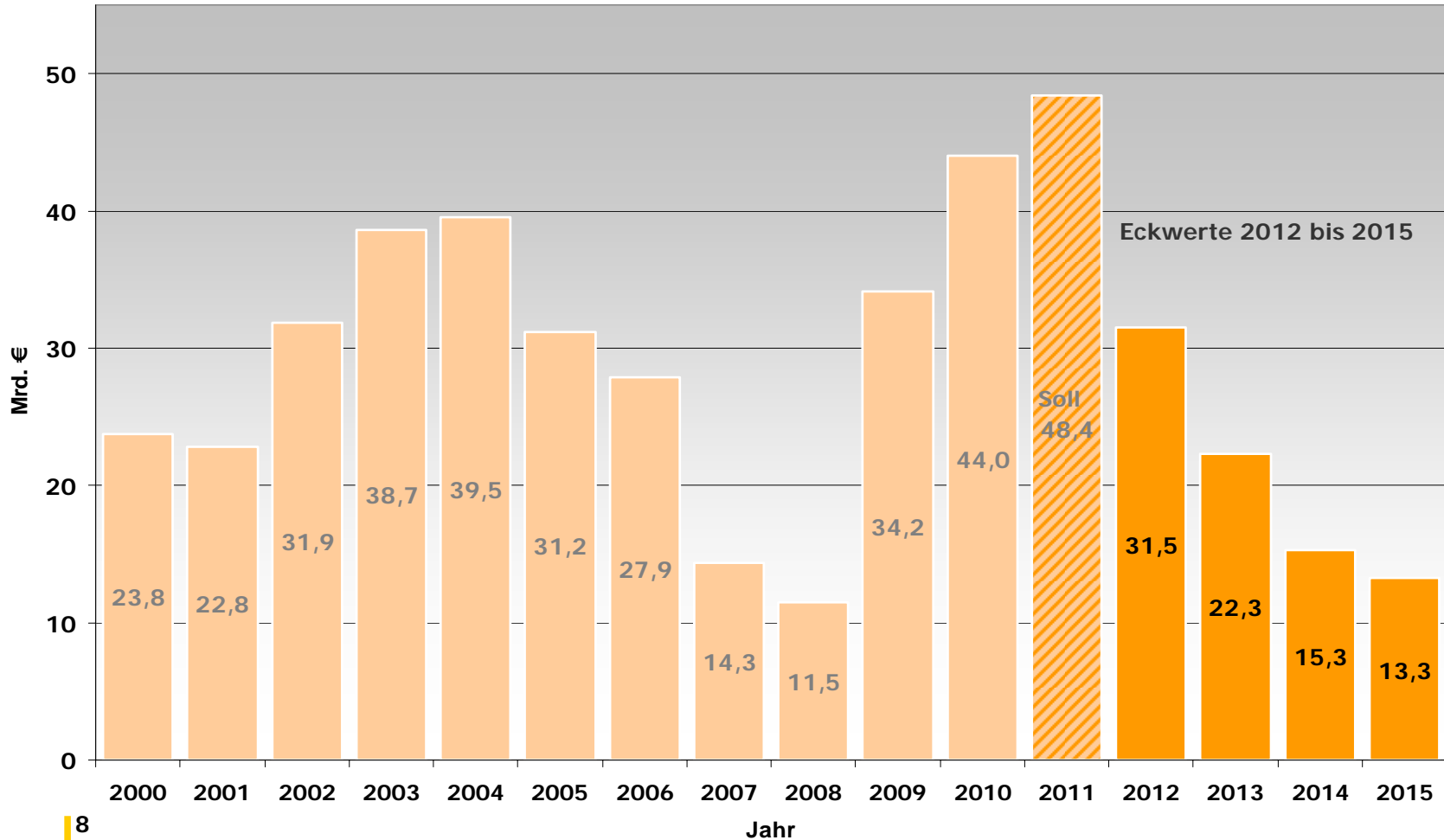


## . . . die Neuverschuldung sinkt





## ... Nettokreditaufnahme 2000 - 2015





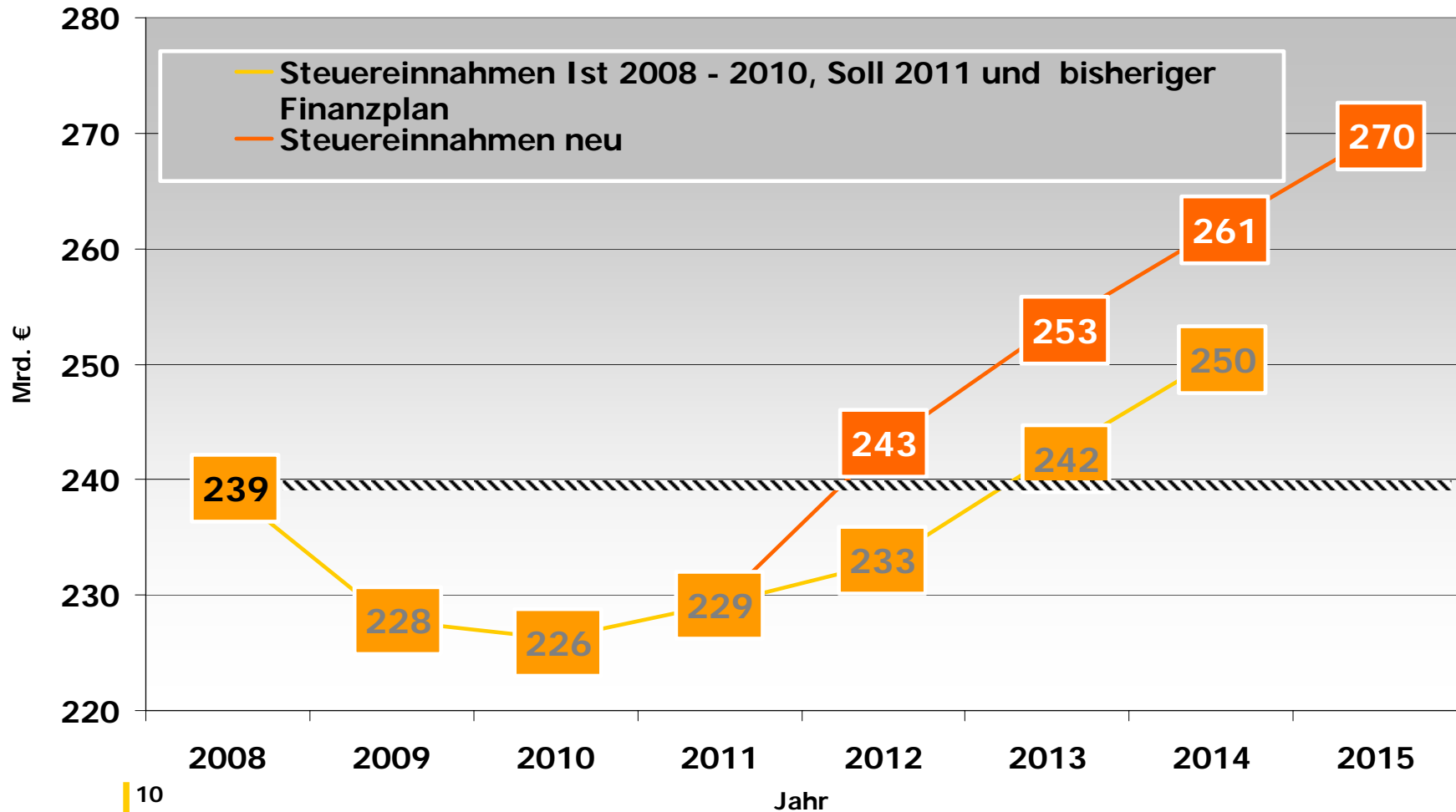
# Wesentliche Erfolgsfaktoren

## ....die Wirtschaft zieht weiter an

- Der **wirtschaftliche Aufschwung** des Jahres **2010** (real +3,6 %) setzt sich im laufenden Jahr fort. In ihrer Jahresprojektion 2011 erwartet die Bundesregierung für **2011** ein reales Wachstum von 2,3 %.
- In ihrer ersten, vorläufigen Gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung für die kommenden Jahre erwartet die Bundesregierung für **2012** einen Zuwachs um real 1,8 %; für die Jahre **2013 bis 2015** wird von einem jährlichen Anstieg um real 1,6 % ausgegangen.
- Mit der weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen Lage legen auch die erwarteten **Steuereinnahmen** des Bundes wieder zu. Das entlastet den Bundeshaushalt maßgeblich auf der Einnahmeseite.
- Die Steuermehreinnahmen werden in **erster Linie** zur **Absenkung der NKA** eingesetzt.



# Steuereinnahmen übersteigen 2012 erstmalig wieder das Niveau des Vorkrisenjahres 2008





## . . . und das Zukunftspaket wird umgesetzt

- Wesentliche Grundlage des Eckwertebeschlusses ist das im Juni 2010 geschnürte **Zukunftspaket** mit einem Gesamtkonsolidierungsvolumen von rd. 80 Mrd. € für die Jahre 2011 bis 2014, das für das Jahr 2015 fortgeschrieben wird.
- Hinsichtlich der mit dem Zukunftspaket angestoßenen **Reform der Bundeswehr** sieht der Eckwertebeschluss eine Streckung des Einsparvolumens in Höhe von insgesamt 8,3 Mrd. € um ein Jahr – also bis Ende 2015 – vor. Orientierungsgröße ist ein Streitkräfteumfang von 175.000 bis 185.000 Soldatinnen und Soldaten.
- Die **Globale Minderausgabe** des Zukunftspaketes in Höhe von 4,8 Mrd. € im Jahr 2014 wird nicht aufgelöst und in das Jahr 2015 „überrollt“. Hier besteht weiterhin struktureller Handlungsbedarf, der in den nächsten Jahren aufzulösen ist.



# Moderater Ausgabenanstieg gegenüber bisherigem Finanzplan. . .

2012	2013	2014
+2,8 Mrd. €	+4,2 Mrd. €	+3,3 Mrd. €
+0,9%	+1,1%	+1,4%



## ... hat gute Gründe

### Beispiele:

- Im Zusammenhang mit dem **Einheitlichen Liegenschaftsmanagement** werden jährlich rd. 900 Mio. € zusätzlich etatisiert, die aber zugleich die Einnahmen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erhöhen.
- Die Ausgaben für **Infrastrukturmaßnahmen** steigen um bis zu rd. 630 Mio. €.
- Die **ODA-Ausgaben** werden 2012 um 750 Mio. € erhöht.
- Zur **Finanzierung des Sozialausgleichs** leistet der Bund ab dem Jahr 2015 Zahlungen an den Gesundheitsfonds. In den Eckwerten sind hierfür 700 Mio. € im Jahr 2015 enthalten. Es besteht das gemeinsame Verständnis, dass der Sozialausgleich durch Steuereinnahmen gegenfinanziert wird.
- Das **Vermittlungsergebnis zu Hartz IV** belastet den Bundeshaushalt mit jährlich rd. 1,4 Mrd. €.



## Bildung und Forschung genießen weiter Vorrang

- **Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird der Zukunftsbereich „Bildung und Forschung“ in den Jahren 2010 bis 2013 mit insgesamt 12 Mrd. € verstärkt. Für die Jahre 2014 und 2015 wird das erreichte Niveau fortgeschrieben.**
- **Damit leistet der Bund seinen Beitrag, dass das „10 %-Ziel für Bildung und Forschung“ im Jahr 2015 erreicht werden kann.**
- **Für Forschung werden im Jahr 2015 zusätzliche Mittel - insbesondere für den Pakt für Forschung und Innovation - bereitgestellt.**
- **Im Ergebnis stehen z. B. allein dem BMBF im Jahr 2012 rd. 2,5 Mrd. € mehr zur Verfügung als 2010 verausgabt wurden (+ 24 %).**



## Günstige Gesamtwirtschaftliche Entwicklung schafft noch keine weiteren Handlungsspielräume

- Die **Schuldenregel** macht eine klare Vorgabe: Bis zum Jahr 2016 muss der Bund sein strukturelles Defizit auf maximal 0,35 % des BIP zurückführen.
- Mit den vom Bundeskabinett beschlossenen **Eckwerten** zum Haushalt 2012 und zum Finanzplan bis 2015 wird ein **weiterer wichtiger Schritt** zur Erreichung dieses Ziels unternommen.
- Gleichwohl bedarf es - auch mit Blick auf die Globalen Minderausgaben in den Jahren 2014 und 2015 - weiterer Konsolidierungserfolge und einer strengen Haushaltsdisziplin. Nur so kann sichergestellt werden, dass die ab dem Jahr 2016 geltende Obergrenze verlässlich eingehalten werden kann.
- Für zusätzliche strukturelle Belastungen besteht jetzt kein Spielraum. Auch im Finanzplanungszeitraum müssen Entlastungen in erster Linie der Senkung der Neuverschuldung dienen.



## Was folgt nach dem Eckwertebeschluss?

- **Nach dem Eckwertebeschluss geht es nun darum, die verbindlichen Vorgaben für die Sachhaushalte der Einzelpläne der Ministerien technisch umzusetzen.**
- **Parallel hierzu wird der Personalhaushalt verhandelt. Dieser ist nicht Gegenstand des Eckwertebeschlusses. Hier wird die restriktive Verhandlungslinie des vergangenen Jahres weiter verfolgt.**
- **Ebenfalls parallel werden die üblichen Haushaltsverhandlungen mit den Verfassungsorganen und dem BRH stattfinden – diese sind im Eckwertebeschluss lediglich nachrichtlich mit ihren jeweiligen Finanzplanansätzen berücksichtigt.**



## Zusammengefasst:

### **Bundshaushalt 2012 und Finanzplan bis 2015:**

**Konsequente Umsetzung der neuen Schuldenregel und schrittweiser Abbau der historisch hohen Neuverschuldung**

### **Bis zum Jahr 2016:**

**Bedarf es weiterer Konsolidierungsanstrengungen, um die Schuldenregel 1 : 1 einhalten zu können.**

### **Deshalb gilt für den Haushalt weiterhin:**

**Neue politische Prioritäten können grundsätzlich nur durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden. Konjunkturelle Entlastungen rechtfertigen keine strukturellen Belastungen.**